

## **„Grüner Stahl“ – mehr als eine Quelle des Profit**

Die Ziele des Pariser Klimaabkommens werden mit der bislang beschlossenen Politik wie dem Klimapaket von 2019 nicht erfüllt werden können. Mit den beschlossenen Maßnahmen wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß Deutschlands bestenfalls um ein Drittel der erforderlichen Minderung reduziert. Damit sei das Land auf dem Pfad zu einer Erderwärmung um 3,5 Grad, statt wie vom Pariser Klimaabkommen gefordert von 1,5 Grad, sagen Klima- und Umweltexperten. Sie fordern eine radikale Wende in der Energie- und Verkehrspolitik und im industriellen Sektor. Das fordert auch die Gewerkschaften heraus, ihre Konzepte und Strategien der Interessenvertretung darauf einzustellen. Aktive Kolleginnen und Kollegen, Betriebsräte, Gewerkschafter kämpfen nicht nur kurzfristig um ihre Arbeitsplätze. Es wächst die Erkenntnis, sich den Herausforderungen für den Umbau der Produktionsgrundlagen zu stellen und damit um die Zukunft ihre Branche zu kämpfen. Die Stahlarbeiter von Saarstahl und ihre Betriebsräte haben bei ihrem „Walk of Steel“ im Februar von ihren Bossen, aber auch von der Politik, ein Umdenken und Umsteuern gefordert und auf Wasserstoff als Alternative für die Roheisenerzeugung hingewiesen.

Wasserstoff wird als Energieträger der Zukunft betrachtet. Als ökologische Alternative kann er nur gelten, wenn der zur Herstellung erforderliche Strombedarf aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, und so „grüner Wasserstoff“ entsteht. Für die Stahlindustrie stellt „grüner Wasserstoff“ eine Alternative dar. Mit diesem Wasserstoff könnte bei der energieintensiven Roheisenerzeugung auf fossile Brennstoffe weitgehend verzichtet werden und auf längere Frist vollständig CO<sub>2</sub>-frei produziert werden.

Unabhängige Wissenschaftler und von der Bundesregierung beauftragte Expertengruppen haben schon seit Jahren Szenarien des Umbaus in vielen Bereichen erarbeitet; doch der immer wiederkehrende Vorbehalt gegenüber einer technischen und industriellen Umsetzung lautet: die Marktkräfte müssen vorhanden sein. Mit anderen Worten: es muss ausreichend Profit zu erwarten sein. Dieses Credo verhinderte den konsequenten Umbau. Kapitaleigner und Aktionäre verfolgen erst einmal ihre kurzfristigen Profitinteressen. Die Regierungen wollen sich dieser Logik nur ungern entgegenstellen. Doch die Widersprüche zwischen der Natur und der kapitalistischen Produktionsweise haben sich weiter zugespitzt.

Jetzt hat die Bundesregierung eine Nationale Wasserstoffstrategie vorgelegt. Es ist eine wissenschaftlich-technische Umbaukonzeption und ausschließlich profitorientiert. Deutschland soll technologischer Spitzenreiter werden. „Wir müssen heute die Weichen dafür stellen, dass Deutschland bei Wasserstofftechnologien die Nummer 1 in der Welt wird.“ ist vom „Wirtschaftslobbyist Nr. 1“ Peter Altmeyer zu hören. Es geht darum für die deutsche Wirtschaft Extraprofite herauszuschlagen und die Dominanz Deutschlands beim Export und in Europa zu festigen. Neoliberale Dogmen wie die Schuldenbremse werden beiseite geschoben und ein Füllhorn von Milliarden Subventionen für die Konzerne ausgeschüttet. Nachdem jahrelang durch Profitstreben rechtzeitige Umstellungen verhindert wurden, stehen jetzt die Industriebosse auf der Matte, um die Hand aufzuhalten.

So erhofft sich die Salzgitter AG, ihr Wasserstoff-Projekt in Wilhelmshaven zu finanzieren und am Standort Mittelsbüren soll eine Anlage für den ArcelorMittal- Konzern entstehen. Ähnliche Bestrebungen haben Saarstahl und Dillinger. Die saarländische Landesregierung will das Saarland gar zur Wasserstoff-Modellregion machen. Auf Wasserstoff-Aktien wird jetzt schon hoch gewettet.

Die Umstellung auf „grünen Stahl“ ist gesellschaftspolitisch notwendig. Besonders auch unter regionalen arbeitsmarktpolitischen Perspektiven, die Priorität haben müssen. Stahl bleibt weiterhin ein wichtiger Grundstoff bei einem sozialökologischen Umbau der Wirtschaft, der Verkehrssysteme, der Energiewirtschaft. Die Umstellung auf Grünen Stahl ist nur ein Teil einer notwendigen technischen, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umgestaltung der Produktivkräfte. Die DKP Saarland hat auf ihrer Bezirkskonferenz im Dezember letzten Jahres von der Landesregierung ein Handlungskonzept für den Umbau gefordert und aufgefordert sich für zukunftsorientierte Weichenstellungen auch im Bundesrat ohne Wenn und Aber einzusetzen. Ohne gesamtgesellschaftliche Planung, ohne Kontrolle und Steuerung der Investitionen und Eingriffe in die Eigentumsrechte, ohne Erweiterung der Montanmitbestimmungsrechte, wird sich an den alten Produktionsverhältnissen nichts ändern. Die Herausforderungen für die Gewerkschaften sind gewaltig. Forderungen und Konzeptionen außerhalb der Konzernlogik sind erst in Ansätzen erkennbar. Nur nach dem Profitprinzip wird auch Grüner Stahl keine gesicherte Perspektive haben.

Fred Herger